



Jahresbericht 2011

Europa-Union Deutschland

Bundesverband

vorgelegt von der Bundesgeschäftsstelle

Inhalt:

1	Bundesverband	4
1.1	Mitglieder	4
1.2	Gremien	4
1.2.1	Präsidium	4
1.2.2	Bundesausschuss	5
1.2.3	Bundeskongress	6
1.3	Arbeitsgruppen	6
1.3.1	AG Datenbank	6
1.3.2	AG Strategie & Verbandsentwicklung	6
1.3.3	AG Zukunft Europas	7
1.3.4	Projektgruppe: Grundsatzprogramm	7
1.3.5	AG Europa 2020	7
1.3.6	Europa-Professionell – die Hauptstadtgruppe der Europa-Union	8
1.4	Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament	8
1.5	Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag	8
1.5.1	Parlamentarisches Forum Europas Zukunft (PFEZ)	9
1.5.2	Hintergrundgespräche mit den EU-Ratspräsidentschaften	9
1.6	Bundesgeschäftsstelle	9
1.7	Jugend/JEF	10
1.8	International	10
1.8.1	Union Europäischer Föderalisten (UEF)	10
1.8.2	Europa-Union Verband Brüssel	11
1.9	Netzwerk Europäische Bewegung	11
2	Öffentlichkeits- und Medienarbeit	12
2.1	Pressearbeit	12
2.1.1	Presserklärungen der Gremien und Arbeitsgruppen	12
2.1.2	Medienkooperation mit EurActiv.de	12
2.2	Publikationen	12
2.2.1	Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“	12
2.2.2	EUD-konkret	13
2.3	Europa-Union Werbemittel	13
2.4	Elektronischer Newsletter	13
2.5	Internet	13
2.5.1	Europa-Union Deutschland Bundesverband	13
2.5.2	europatermine.de	13
2.5.3	Europa-Union XING-Gruppe	14
2.5.4	Europa-Union Facebook-Gruppe	14
2.5.5	Europa-Union auf Twitter	14
3	Veranstaltungen	14

3.1	Europäischer Abend: Kooperation mit dem dbb deutschen beamtenbund und tarifunion und der Europäischen Kommission	14
3.1.1	Europäischer Abend am 13.4.11: „Bürgerschaftliches Engagement: Miteinander in und für Europa“	15
3.1.2	Europäischer Abend am 16.11.11.: „Europäische Außenpolitik: Marke ohne Kern?“	15
3.2	EU-Erweiterungsgespräche	16
3.2.1	Island auf dem Weg in die EU am 24.2.11	16
3.2.2	Kroatien auf dem Weg in die EU am 21.9.11	16
3.3	EUD-Forum „Bürger in Europa“	17
3.3.1	Auf dem Weg zu mehr und besseren Arbeitsplätzen (31.03.2011)	17
3.4	Veranstaltungsreihe: „Europa – Wege aus der Krise“	17
3.4.1	Europafestival der Jugend (5.5.11 in Tillenberg).....	17
3.4.2	Eurokrise – Fata Morgana oder Realität? (11.5.11 in Göttingen)	17
3.4.3	Die Krise im Euro-Raum (17.5.11 in Königsstein).....	18
3.4.4	Europa – Wie weit geht Solidarität? (25.8.11 in Wiesbaden)	18
3.4.5	Bricht Europa auseinander? (12.9.11 in Bochum)	18
3.4.6	Die Verfasstheit Europas – Problem oder Lösung? (16.9.11 in Freiburg)	18
3.4.7	Europa vor den Herausforderungen der Zeit (16.9.11 in Stuttgart).....	19
3.4.8	Nationalismus oder Europa? (20.9.11 in Hamburg).....	19
3.4.9	Europa nach Lissabon – Perspektiven der Europäischen Integration (22.9.11 Karlsruhe).....	19
3.4.10	Was ist Europa wert? - Europäische Werte in Zeiten der Krise (23.9.11 Bad Boll)	20
3.4.11	Aus der Krise lernen, die Zukunft gestalten. Die EU unter Entwicklungszwang (30.9.11 Mannheim).....	20
3.4.12	Eurokrise – Phantom oder Realität? (12.10.11 Bad Pyrmont)	20
3.4.13	5. Energieforum: (De-)Zentralisierung der Energieversorgung – deutsche und europäische Perspektiven (28.10.11 Kiel)	20
3.4.14	Der Euro-Anker der EU-Integration? (10.11.11 Montabaur)	21
3.4.15	Seminar „Bürger in Europa zeigen Gesicht gegen Rechtsextremismus“ (12.11.11 Neubrandenburg).....	21
3.4.16	Bricht Europa auseinander? Muss uns um die Zukunft der Europäischen Union bange werden? (17.11.11 Geilenkirchen).....	21
3.4.17	Die künftige Förderpolitik der EU und ihre Auswirkungen auf Schleswig-Holstein (24.11.11 Flintbek)	22
3.4.18	Europa – Wege aus der Krise (03.12.11 Hammelburg)	22
3.5	Bürgerforen: Mitreden über Europa	22
4	Seminare	23
4.1	Europa-Kommunikation 2.0: Medienseminare für Multiplikatoren	23
4.2	LIFE-Akademie.....	23
5	Aktionen.....	23
5.1	Europawoche 2011	23
5.2	Zukunft ohne Grenzen.....	23

1 Bundesverband

1.1 Mitglieder

Mit einer aktuellen Gesamtmitgliederzahl von 17.105 hat die Europa-Union Deutschland (EUD) 2011 gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 146 Mitgliedern zu verzeichnen. Das entspricht einem Mitgliederwachstum von 2 Prozent. Damit hat sich das Niveau der Mitgliederbasis nicht nur weiter konsolidiert, sondern befindet sich seit zwei Jahren im Aufwärtstrend. Erstmals seit 2004 hat die EUD wieder mehr als 17.000 Mitglieder.

Zugewinne gibt es in 9 Landesverbänden. Die meisten Mitglieder dazugewonnen haben die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Eine detaillierte Bestandsaufnahme zu den Mitgliederentwicklungen und den Verbandsstrukturen enthält der Strukturbericht 2011 .

Die Doppelmitgliedschaft von EUD und JEF ist auf der Grundlage des Kooperationsabkommens beider Verbände vom Juni 2009 im Berichtszeitraum ebenfalls vom Landesverband Hamburg übernommen worden. Damit ist die Umsetzung der Doppelmitgliedschaft fast vollständig erreicht.

1.2 Gremien

1.2.1 Präsidium

Das amtierende Präsidium bis zur Neuwahl am 27.11.2011 durch den Bundeskongress (vgl. Punkt 1.2.3.):

Präsident: Peter Altmaier MdB

Vizepräsidenten:

Dr. Eva Högl MdB: Sprecherin für Soziales Europa und Verbraucherschutz

<http://www.europa-union.de/politik/soziales-europa/>

<http://www.europa-union.de/politik/verbraucherschutz/>

Ernst Johansson: Sprecher für EU-Erweiterung

<http://www.europa-union.de/politik/erweiterung-der-eu/>

Thomas Mann MdEP: Sprecher für Europäische Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung

<http://www.europa-union.de/politik/europaeische-oeffentlichkeit-und-buergerbeteiligung/>

Schatzmeister: Dr. Joachim Wuermeling

Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied/Generalsekretär: Bernd Hüttemann (bis Januar 2011)

Seit März 2011 wurde das Amt kommissarisch von der Bundesgeschäftsführerin Birgit Kößling ausgeübt.

Bundesgeschäftsführerin (mit beratender Stimme): Birgit Kößling

Weitere Präsidiumsmitglieder:

Wolfgang Balint

Ralf Bingel: Sprecher für Europäisches Parlament und Europawahlen

<http://www.europa-union.de/politik/europaeisches-parlament-und-europawahlen/>

Reinhard Bütikofer MdEP: Sprecher Außen- und Sicherheitspolitik der EU

<http://www.europa-union.de/politik/aussenbeziehungen-und-erweiterung/>

Anton Freiherr von Cetto: Sprecher für Regional-, Kommunal- und Verkehrspolitik

<http://www.europa-union.de/politik/regional-kommunal-und-verkehrspolitik/>

Dr. Lutz Hager: Sprecher für Strategie & Verbandsentwicklung

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/verbandsentwicklung/>

Marco Hardt: Pressesprecher
<http://www.europa-union.de/kontakt/pressesprecher/>

Ulla Kalbfleisch-Kottsieper: Sprecherin für Innen- und Justizpolitik
<http://www.europa-union.de/politik/innen-und-justizpolitik/>

Michael Link MdB: Mitglied des Vorstandes der EUD-Parlamentariergruppe im Bundestag
<http://www.europa-union.de/ueber-uns/parlamentariergruppen/deutscher-bundestag/>

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann: Sprecherin für die Europäische Bürgerinitiative
<http://www.europa-union.de/politik/institutionelle-fragen/>

Enrico Kreft: Sprecher für Kultur- und Bildungspolitik, Gender, Jugend und Sport
<http://www.europa-union.de/politik/kultur-und-bildungspolitik/>

Jürgen Lippold

Heinz Schaumann: Sprecher für Umwelt- und Energiepolitik
<http://www.europa-union.de/politik/umwelt-und-energiepolitik/>

Dr. Otto Schmuck: Sprecher für institutionelle Fragen
<http://www.europa-union.de/politik/institutionelle-fragen/>

Thomas Stöltzing: Sprecher für die Grundsatzprogrammdebatte
<http://www.europa-union.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/verbandsentwicklung/programmdebatte/>

Michael Theurer MdEP

Rainer Wieland MdEP: Sprecher für Medienpolitik
<http://www.europa-union.de/politik/medienpolitik/>

Kooptierte Präsidiumsmitglieder: Staatsminister Dr. Werner Hoyer MdB, Dr. Gunther Krichbaum MdB, Jo Leinen MdEP, Manuel Sarrazin MdB, Dr. Daniela Schwarzler, Dr. Dietrich von Kyaw

Ehrenpräsidenten: Elmar Brok MdEP, Präsident a.D. des Europäischen Parlaments Dr. Egon A. Klepsch †, Bundespräsident a.D. Walter Scheel; Ehrenmitglieder: Arno Krause, Horst Seefeld, Senator a.D. Prof. Dr. Hans-Joachim Seeler

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/gremien/praesidium/>

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum am 28.1., 26.2., 18.3., 1.7., 16.9., 28.10. und 25.11.2011.

1.2.2 Bundesausschuss

Vorsitzender: Franz-Josef Klein

Stellv. Vorsitzende: Prof. Dr. Joachim Gasiel und Rainer B. Giesel

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/gremien/bundesausschuss/>

Der Bundesausschuss trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen: Am 19. März fand eine gemeinsame Tagung mit dem Bundesausschuss der Jungen Europäischen Föderalisten statt. Im Mittelpunkt stand die Debatte für ein neues Grundsatzprogramm. In Berlin trafen sich ca. 100 Mitglieder und Delegierte von Europa-Union und JEF, um über die „Europäische Idee im 21. Jahrhundert“ zu diskutieren. In mehreren Arbeitsgruppen wurden unterschiedliche Aspekte eines neuen Grundsatzprogramms erörtert und wichtige Impulse für die weitere Verbandsdebatte gesetzt.

Kernthema der Tagung am 17. September war die Finanz- und Schuldenkrise: Der Bundesausschuss legte ein klares Bekenntnis zur europäischen Gemeinschaftswährung und zur europäischen Integration ab.

1.2.3 Bundeskongress



Rund 200 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet kamen am 26. und 27. November in Berlin zusammen, um über die Zukunft des europäischen Gemeinschaftsprojektes zu debattieren. Das Motto des Bundeskongresses war Programm: "Mit mehr Europa aus der Krise!" Das Leitmotiv des Kongresses wurde sowohl in den Reden prominenter Gäste, wie etwa der des polnischen Botschafters Marek Prawda oder der Berliner Europabeauftragten und Staatssekretärin Monika Helbig, als auch in verschiedenen Arbeitsgruppen vertieft.

Am zweiten Kongresstag fassten die Delegierten knapp 20 Beschlüsse zu verschiedenen europapolitischen Themen. Auch der Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes wurde fast einstimmig auf den Weg gebracht und soll nach breiter Debatte auf dem Bundeskongress 2012 in Düsseldorf verabschiedet werden.

Bei den Wahlen zum Präsidium wurde Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, mit überwältigender Mehrheit zum neuen Präsidenten der Europa-Union gewählt. Der 54-jährige Europaparlamentarier folgt auf Peter Altmaier MdB, der das Amt seit 2006 bekleidete und nicht mehr antrat. Die Vizepräsidenten Eva Högl, Ernst Johansson und Thomas Mann wurden in ihrem Amt bestätigt. Schatzmeister bleibt Dr. Joachim Wuermeling. Zum neuen Generalsekretär wurde Christian Moos gewählt.

Zu weiteren Präsidiumsmitgliedern wurden gewählt (in alphabetischer Reihenfolge): Ralf Bingel, Reinhard Bütikofer MdEP, Anton Freiherr von Cetto, Kristin Funke MdL, Dr. Lutz Hager, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Enrico Kreft, Jürgen Lippold, Heinz-Wilhelm Schaumann, Dr. Otto Schmuck, Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle, Gabriela Schneider, Thomas Stölting, Michael Theurer MdEP, Wolfgang Zapfe. Peter Altmaier wurde zum Ehrenpräsidenten der Europa-Union Deutschland gewählt.

1.3 Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppen der Europa-Union tagen im Rahmen des Bundeskongresses und des Bundesausschusses. Außerdem gibt es E-Mail-Diskussionsgruppen.

1.3.1 AG Datenbank

Sprecher: Dr. Lutz Hager

Der AG Datenbank gehören Vertreter des Bundesverbandes und der Landesverbände an.

Nach einer zweijährigen Meinungsbildungsphase im Verband und der Projektvorbereitung durch die AG konnte in 2011 mit der technischen Entwicklung und Umsetzung eines gemeinsamen und dezentralen Mitgliederverwaltungssystems begonnen werden. Es erfolgte die Auftragsvergabe für die Softwareentwicklung, die Auslieferung der Testversion, die gemeinsam mit den Landesverbänden auf den Prüfstand gestellt und weiterentwickelt wurde. Im Sommer, am 21.07.11 fand ein Workshop dazu statt. Die Software wurde in der Landesgeschäftsführertagung am 4. November vorgestellt und getestet.

Die internetbasierte Datenbank soll die Mitgliederverwaltung und -betreuung vereinfachen und effizienter machen.

1.3.2 AG Strategie & Verbandsentwicklung

Sprecher: Dr. Lutz Hager

Die AG Strategie & Verbandsentwicklung will die Strukturen der Europa-Union ausbauen, die innerverbandliche Kommunikation intensivieren, strategisch-programmatische Impulse für die Verbandsarbeit geben und die europäische Dimension des Verbandes stärken. Dem Bundeskongress 2011 wurde ein Strukturbericht vorgelegt, der der aktuellen Bestandsaufnahme und der Analyse des Zustands der Europa-Union Deutschland als Mitgliederorganisation dient. Im Ergebnis der Diskussion wurden

Schlussfolgerungen für eine nachhaltige Stärkung der Verbandsstrukturen und Verbreiterung der Mitgliederbasis gezogen.

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/verbandsentwicklung/>

1.3.3 AG Zukunft Europas

Sprecher: Dr. Otto Schmuck und Dr. Dietrich von Kyaw

Sprecherin für die Europäische Bürgerinitiative: Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Die AG Zukunft Europas besteht seit 2010 und führt die Arbeit der vormaligen AG Verfassung weiter. Ein Schwerpunktthema im Berichtsjahr war wie bereits 2010 die **Einführung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI)**, mit der erstmals direkte Demokratie auch auf EU-Ebene möglich wird. Ab April 2012 können eine Millionen Unionsbürger aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten die Europäische Kommission auffordern, von ihrem Gesetzesinitiativrecht Gebrauch zu machen.

Die Europa-Union Deutschland wurde vom Bundesministerium des Inneren konsultiert und um eine Stellungnahme zum Umsetzungsverfahren der Europäischen Bürgerinitiative in nationales Recht gebeten. In mehreren Pressemitteilungen hat die Europa-Union ihre Position einer transparenten und bürgerfreundlichen Umsetzung der EBI in Deutschland und der EU klar gemacht. Gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft hat sich die Europa-Union dafür stark gemacht, dass die Kosten für die Zertifizierung eines Online-Sammelsystems für die EBI nicht auf die Initiatoren abgewälzt werden. Der deutsche Gesetzesentwurf sieht einen solchen Passus nun nicht mehr vor. Voraussichtlich noch in diesem Jahr soll das Gesetz vom Bundestag verabschiedet werden, so dass ab April 2012 Europäische Bürgerinitiativen möglich werden.

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/zukunft-europas/>

Europäische Bürgerinitiative:

<http://www.europa-union.de/politik/institutionelle-fragen/>

1.3.4 Projektgruppe: Grundsatzprogramm

Sprecher: Dr. Lutz Hager, Dr. Otto Schmuck, Thomas Stölting

Die Grundsatzprogrammdebatte der EUD wurde auf dem Bundeskongress in Erfurt Ende 2010 initiiert. Das Präsidium hatte bereits im Sommer 2010 eine breite verbandsinterne Diskussion über die „Europäische Idee im 21. Jahrhundert“ angeregt und möchte damit die Vision des europäischen Föderalismus auf der Grundlage des „Hertensteiner Programms“ und in Anknüpfung an die „Hamburger Impulse“ weiter entwickeln. Am 19. März 2011 hat sich der Bundesausschuss der Europa-Union mit dem Thema beschäftigt und in verschiedenen Arbeitsgruppen über ein neues Grundsatzprogramm diskutiert. Am 28. Mai 2011 haben sich rund 100 Mitglieder auf zwei parallel stattfindenden Konferenzen in Würzburg und Hannover mit der Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogrammes befasst.

Auf dem Bundeskongress am 26./27.11.2011 in Berlin wurde ein Programmentwurf diskutiert und verabschiedet. Dieser soll ein Jahr lang auf allen Verbandsebenen sowie auch außerhalb der Europa-Union diskutiert werden. Die Verabschiedung des neuen Grundsatzprogrammes, das sich dem Geist von Hertenstein verpflichtet fühlt, ist für den Bundeskongress 2012 in Düsseldorf vorgesehen.

Die Koordinierung der Debatte im Verband wie auch deren inhaltliche Ausrichtung fällt sowohl in den Aufgabenbereich der AG „Strategie“, als auch der AG „Zukunft Europas“. Darüber hinaus wurde zur Abstimmung eine Steuerungsgruppe mit Vertretern der Länderverbände gebildet.

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/verbandsentwicklung/programmdebatte/>

1.3.5 AG Europa 2020

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, die EU-Agenda Europa 2020 kritisch und konstruktiv zu begleiten und Vorschläge zur besseren Umsetzung im Sinne der Europa-Union Deutschland zu erarbeiten.

Ansprechpartner für die im März 2010 gegründete AG sind die Präsidiumsmitglieder Dr. Eva Högl MdB, Dr. Joachim Wuermeling und Reinhard Bütikofer MdEP.

<http://www.europa-union.de/ueber-uns/arbeitsgruppen/europa-2020/>

1.3.6 Europa-Professionell – die Hauptstadtgruppe der Europa-Union



europa-union deutschland
Europa-Professionell – Die Hauptstadtgruppe



Die Hauptstadtgruppe Europa-Professionell vernetzt seit Mai 2009 Mitglieder der Europa-Union in Ministerien, Lobbyverbänden, Medien und Nichtregierungsorganisa-

tionen, die sich professionell mit europäischen Themen befassen. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft tauschen sich aus und fördern die Ziele der Europa-Union innerhalb der Bundesrepublik. Durch das Netzwerk ist ein neues Serviceangebot der Europa-Union geschaffen worden, das sich speziell an berufsmäßig mit Europa befasste Mitglieder richtet und eine Verbindung zwischen der Europa-Union Parlamentariergruppe und der Europa-Union Berlin herstellt. Die Bündelung und Vernetzung soll zu einer Intensivierung der Europakommunikation in den einzelnen Organisationen, Verbänden, Behörden, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen beitragen. Erklärtes Ziel ist die "Europäisierung des Politikplatzes Berlin". Europa-Professionell hat gegenwärtig rund 230 Mitglieder, die größtenteils dem Landesverband Berlin angehören.

Sprecher: Dr. Joachim Wuermeling und Silke Kaul

Weitere Vorstandsmitglieder: Dr. Silke Albin, Harald Geywitz, Dr. Ulrike Guérot, Bernd Hüttemann, Christian Moos, Olaf Reus, Dirk Schattschneider, Dr. Oliver Vogt

Die wichtigsten Veranstaltungen und Publikationen der Hauptstadtgruppe waren im Jahr 2011 folgende:

- Ausschreibung und Verleihung der Europapreise 2011
- EUD-konkret 1/2011: Welches Deutschland braucht Europa (von Ulrike Guérot)
- Stellungnahme von Europa-Professionell zum 5. Bericht der Kommission zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt durch die AG EU-Strukturfonds
- Europa-Professionell „Talk“ in der Hauptstadtrepräsentanz von Telefónica O2 Germany mit Dr. Nikolaus Meyer-Landrut, Leiter der Gruppe 51 „Grundsatzfragen, Europapolitische Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten, EU-Außenbeziehungen“ im Bundeskanzleramt
- Soirée Européenne

Seit 2011 gibt es neben der Hauptstadtgruppe auch in Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen Europa-Professionell Gruppen. Ca. 400 Europa-Professionelle sind aktuell unter dem Dach der Europa-Union vernetzt.

1.4 Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament



europa-union deutschland
Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament



Im Europäischen Parlament sind über 70 der 99 deutschen Abgeordneten Mitglied der Europa-Union Deutschland. Die Par-

lamentariergruppe der Europa-Union im Europäischen Parlament setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, FDP und SPD. Vorsitzender der Parlamentariergruppe ist der SPD-Abgeordnete Matthias Groote. Seine Stellvertreter sind Alexander Alvaro (FDP), Michael Cramer (Grüne) und Joachim Zeller (CDU/CSU).

1.5 Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag



europa-union deutschland
Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag



Die Europa-Union Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag setzt sich zusammen aus 175 Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die zugleich Mitglied der Europa-Union Deutschland

sind. Vorsitzender der Parlamentariergruppe ist Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen). Seine Stellvertreter sind Dr. Eva Högl (SPD), Michael Link (FDP) und Dr. Günter Krings (CDU/CSU).

Parlamentariergruppen in den Landtagen wurden 2011 in Hessen und Niedersachsen neu gegründet. Damit ist die Europa-Union neben Baden-Württemberg, Bayern, Bremen und NRW in 6 Landtagen vertreten.

1.5.1 Parlamentarisches Forum Europas Zukunft (PFEZ)

Das Parlamentarische Forum Europas Zukunft wird von der Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland im Deutschen Bundestag und den Jungen Europäischen Föderalisten organisiert. Es ist ein Diskussionsforum von Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen und Ausschüsse zu aktuellen Fragen der europäischen Integration. Die Foren finden im Bundestag statt und stehen Abgeordneten bzw. Vertretern von Bundesregierung, Ländern und Wissenschaft offen.

1.5.2 Hintergrundgespräche mit den EU-Ratspräsidentschaften

Seit mehreren Jahren führt die Parlamentariergruppe bereits im halbjährlichen Turnus Hintergrundgespräche mit den Außenministern der EU-Mitgliedstaaten durch, die den EU-Ratsvorsitz innehaben.

Am 4.4.11 war der ungarische Außenminister János Martonyi zu Gast bei der Parlamentariergruppe. Euro-Plus-Pakt, Libyen-Einsatz, Zukunft der Kernenergie, EU- und Schengen-Erweiterung: Alle aktuellen europapolitischen Themen kamen beim Hintergrundgespräch zur Sprache. Auf Einladung der EUD-Parlamentariergruppe im Bundestag nahm Martonyi Stellung zum Programm der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft und beantwortete die Fragen der Teilnehmer.

1.6 Bundesgeschäftsstelle

Der ehrenamtliche Generalsekretär Bernd Hüttemann ist nach siebenjähriger Tätigkeit Anfang des Jahres aus dem Amt ausgeschieden. Bis zur Neuwahl eines Generalsekretärs wurde die Bundesgeschäftsführerin, Birgit Kößling, vom Präsidium mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte betraut.

Zum Team der Bundesgeschäftsstelle gehören ferner:

Marco Schwarz: Assistent der Geschäftsführung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Birka Meyer-Georges: Projektmanagerin und Verbandsarbeit

Janine Topaloglu: Sachbearbeiterin Finanzen und Projekte

Zu den im Berichtszeitraum hervorzuhebenden Maßnahmen und Aktivitäten des Generalsekretariats gehörten neben der Außendarstellung des Verbandes und der Umsetzung der Beschlüsse der Verbandsgremien allgemeine Serviceleistungen für Mitglieder, Bürger und Untergliederungen sowie die Unterstützung und Assistenz der Tätigkeit des Präsidenten und anderer Präsidiumsmitglieder; das Finanzmanagement und die Haushaltsführung. Im Einzelnen:

- die Lancierung, Koordination, Betreuung und Präsentation der Aktionen auf Bundesebene
- die Organisation, Durchführung und finanzielle Absicherung der zentralen Veranstaltungen und Projekte des Bundesverbandes
- die Vor- und Nachbereitung, Organisation sowie Betreuung der Gremientagungen
- die Vor- und Nachbereitung sowie Organisation der Bundeskongresse,
- die Unterstützung der beim Bundesverband angesiedelten Kommissionen und Arbeitsgruppen
- die Unterstützung und Betreuung der parlamentarischen Arbeit
- Koordinierung und Realisierung von Maßnahmen und Serviceangeboten im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit
- Publikationen, Bereitstellung von Materialien für die Basisarbeit und Kampagnenarbeit
- Haushaltsführung und Akquirierung, Verwaltung und Abrechnung von Finanz- und Projektmitteln,
- die Pflege, Koordination, Entwicklung der Beziehungen und Zusammenarbeit mit der JEF, der UEF, dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und anderen Partnereinrichtungen und -organisationen.

1.7 Jugend/JEF



Die Kooperation mit dem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten Deutschland ist vielfältig: Sie reicht von der inhaltlichen Zusammenarbeit in den Bundesarbeitsgruppen und den Gremien der Europa-Union, über die Lancierung gemeinsamer Kampagnen (bundesweite Aktionen gegen Grenzkontrollen), die parlamentarische Arbeit (PFEZ) bis hin zu gemeinsamen Projekten im publizistischen und medialen Bereich (www.europatermine.de) und im Rahmen der Bildungs- und Jugendarbeit (SIMEP).

Die JEF ist in den Gremien der Europa-Union vertreten, bringt sich aktiv in die politisch-programmatische Arbeit ein und ist an den verbandspolitischen Entscheidungen beteiligt. Im März 2011 fand eine gemeinsame Bundesausschuss-Tagung beider Verbände zur Programmdebatte statt. Auch die Regionalkonferenzen zur Programmdebatte in Würzburg und Hannover im Mai wurden von EUD und JEF gemeinsam gestaltet.

Die JEF ist in den Gremien der Europa-Union vertreten, bringt sich aktiv in die politisch-programmatische Arbeit ein und ist an den verbandspolitischen Entscheidungen beteiligt. Im März 2011 fand eine gemeinsame Bundesausschuss-Tagung beider Verbände zur Programmdebatte statt. Auch die Regionalkonferenzen zur Programmdebatte in Würzburg und Hannover im Mai wurden von EUD und JEF gemeinsam gestaltet.

Auf der geschäftsführenden Ebene bestehen gute Kontakte zwischen den beiden Bundessekretariaten im Rahmen der Bürogemeinschaft in der Sophienstraße in Berlin. Der EUD-Bundesverband hat eine Klausurtagung des JEF-Bundesvorstandes im Berichtszeitraum gefördert.

Die Beschlüsse zur Doppelmitgliedschaft sind auf Landesebene fast vollständig umgesetzt. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Frage der abgestimmten/gemeinsamen Mitgliederbetreuung und der verstärkten Einbindung der Jugend in die Arbeit der Europa-Union. EUD-Präsidium und JEF-Bundesvorstand haben eine gemeinsame Empfehlung an die Landesverbände ausgesprochen.

www.jef.de

1.8 International

1.8.1 Union Europäischer Föderalisten (UEF)



Union of European Federalists
Union des Fédéralistes Européens
Union der Europäischen Föderalisten

Die Europa-Union Deutschland ist nach wie vor die größte nationale Sektion der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und bestimmt nachhaltig die politische Programmatik und Verbandspolitik der Gremien der UEF mit. Beim Kongress der UEF am 26./27. März in Brüssel wurde EUD-Präsidiumsmitglied Heinz-Wilhelm Schaumann zum dritten Mal zum Vizepräsidenten der UEF gewählt. Neu in das Executive Bureau (UEF-Vorstand) wurde Bettina Kümmerle gewählt. Im Federal Committee (FC) ist die Europa-Union Deutschland nunmehr mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann (Berlin), Rainer Giesel (Berlin), Rainer Wieland MdEP (Baden-Württemberg), Heinz-Wilhelm Schaumann (Nordrhein-Westfalen), Jana Steinmetz (JEF), Bettina Kümmerle (Baden-Württemberg), Florian Ziegenbalg (Baden-Württemberg), Inge Dohrmann-Nowak (Schleswig-Holstein), Bernd Hüttemann (Berlin), Dr. Otto Schmuck (Berlin), Dr. Hermann Kuhn MdBB (Bremen), Birgit Kößling (Berlin), Silke Kaul (Europa-Professionell), Ralf Bingel (Verband Brüssel), Anton Freiherr von Cetto (Bayern), Dr. Marc-Oliver Pahl (Verband Brüssel), Victoria Schmid (Sachsen-Anhalt), Thomas Stölting (Hamburg) und Axel Jürs (Brandenburg), also insgesamt 19 Delegierten, vertreten. Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann ist zudem künftig im Präsidium des UEF-Bundeskomitees. Die FC-Delegationsleitung wird von Rainer Giesel wahrgenommen. Generalsekretär der UEF ist seit 2010 Christian Wenning, der auch dem EUD-Verband Brüssel angehört.

Die UEF hat im Berichtszeitraum eine Reihe von Initiativen gestartet, um den föderalistischen Ansatz bei einer konstitutionellen Reform der EU weiterhin zu thematisieren. So hat UEF-Präsident Andrew Duff MdEP hierzu mittels zahlreicher Presseberichte Stellung bezogen und Inhalte der UEF über einen eigenen EP-Bericht zur Wahlrechtsreform in die Debatten im Europäischen Parlament einfließen lassen. Die föderalistischen Debatten im Parlament haben daher – auch angesichts der Krise um Euro und Finanzen – eher zugenommen. Die Europakommunikation ist seit 2010 auf eine deutlich bessere Basis gestellt. Regelmäßig erscheint ein Newsletter und die Neugestaltung der Homepage www.federalists.eu trägt ihres dazu bei. Mit ihrem neuen Logo ist die UEF eher wieder zu alten Traditionen zurückgekehrt.

<http://www.europa-union.de/international-uef-bruessel/dachverband-uef/>

1.8.2 Europa-Union Verband Brüssel

Der Brüsseler Verband der Europa-Union Deutschland hat rund 250 Mitglieder.

Turnusgemäß werden nach Europäischen Räten Informationsangebote (sogenannte DeBriefings) organisiert, wo der Ständige Vertreter Deutschlands bei der EU die deutsche Gemeinschaft in Brüssel über die Ergebnisse der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs „aus erster Hand“ unterrichtet. Zu den weiteren Aktivitäten gehören die Reihe „Europa konkret“ und ein regelmäßig erscheinender Newsletter.

Die Europa-Union Verband Brüssel hat im Berichtszeitraum nicht nur 47 Mitglieder an die Landes- und Kreisverbände in Deutschland überstellt, sondern auch über 60 Neumitglieder direkt für die Heimatverbände in Deutschland angeworben.

<http://www.europa-union.de/international-uef-bruessel/verband-bruessel/>

1.9 Netzwerk Europäische Bewegung

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland (EBD) hat sich in den letzten Jahren zum wichtigsten Zusammenschluss von Interessengruppen und organisierter Zivilgesellschaft im Bereich Europapolitik in Deutschland entwickelt. Gemeinsam mit ihren mittlerweile 224 Mitgliedsorganisationen aus allen Gesellschaftsbereichen hat die EBD ein Forum für partnerschaftliche Europa-Kommunikation und europapolitische Vorausschau in Deutschland etabliert, das gleichsam politische Institutionen der Exekutive und der Legislative sowie zivilgesellschaftliche Organisationen einbezieht, die als Multiplikator in die breite Öffentlichkeit fungieren. Die im Herbst 2011 erarbeitete Zielvereinbarung mit dem Auswärtigen Amt hat die partnerschaftliche Zusammenarbeit der EBD mit der Bundesregierung auf eine neue Ebene gehoben.

Die Europa-Union Deutschland (EUD) bildet im Netzwerk EBD den bürgerschaftlichen und föderalistischen Kern, indem sie durch die ehrenamtliche Europaarbeit „vor Ort“ und durch ihre programmatische Arbeit wichtige Impulse im Netzwerk EBD setzt. Von großer Bedeutung ist weiterhin die Rolle der Parlamentariergruppen der EUD im Deutschen Bundestag und im Europaparlament, da so die Verbindung zu den demokratischen Parteien, die ebenfalls Mitglied im Netzwerk EBD sind, intensiviert werden kann. Gemeinsam konnten so auch politische Initiativen – wie zur Einführung eines Haushaltstitels für die Europa-Kommunikation im BPA 2010 oder die Kleine Anfrage zur europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung – begleitet werden.

Das Netzwerk EBD seinerseits verschafft der Europa-Union Zugang zu Entscheidungsträgern und Kontakte zu vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen. Auf diese Weise konnte die EUD tragfähige Kooperationen schließen wie z.B. mit dem dbb Deutscher Beamtenbund und Tarifunion für das sehr erfolgreiche Veranstaltungsformat „Europäischer Abend“ in Berlin. Zusätzlich kann die EUD indirekt über die Formate der EBD für ihre erfolgreiche Hauptstadtgruppe Europa-Professionell werben.

Die Bürogemeinschaft in Berlin hat in vielen Arbeitsbereichen wichtige Synergien geschaffen und eine größere Effizienz der Arbeit auf Bundesebene erreicht, unter Wahrung der politischen und vereinsrechtlichen Eigenständigkeit beider Verbände. Die jeweilige institutionelle Förderung beider Verbände durch BPA bzw. AA machte eine Trennung des bis 2010 in Personalunion wahrgenommenen Amtes des Generalsekretariats notwendig. Nichtsdestotrotz werden Querschnittsaufgaben weiterhin von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Verbände übernommen, nicht nur im Sinne der Bürogemeinschaft, sondern auch aus inhaltlichen und strategischen Erwägungen. Über gemeinsame Projekte, etwa zum Europatag am 9. Mai 2012, wird nachgedacht. Entscheidend ist, dass die Zusammenarbeit in einem vereins- und zuwendungsrechtlich getrennten Rahmen, auf die unterschiedlichen Zielgruppen hin ausgerichtet, gewährleistet wird.

Im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung ist die Europa-Union Deutschland durch ihren Vizepräsidenten Ernst Johansson vertreten.

www.europaeische-bewegung.de

2 Öffentlichkeits- und Medienarbeit

2.1 Pressearbeit

2.1.1 *Presserklärungen der Gremien und Arbeitsgruppen*

Im Berichtszeitraum wurden verschiedene Presseerklärungen der Gremien und Arbeitsgruppen des Bundesverbandes veröffentlicht. Diese wurden jeweils an ca. 1.000 Pressekontakte in ganz Deutschland versendet. Darunter befinden sich viele große Fernseh- und Rundfunkstationen sowie die wichtigsten nationalen und überregionalen Zeitungen und Zeitschriften. Die Europa-Union nutzt auch das Pressportal von news aktuell.

2.1.2 *Medienkooperation mit EurActiv.de*

Die Europa-Union Deutschland hat ihre seit 2009 bestehende Kooperation mit der deutschsprachigen Ausgabe des europäischen Internet-Nachrichtenportal EurActiv.de intensiviert. Zukünftig wird EurActiv.de mehrere Seiten der Mitgliederzeitschrift redaktionell eigenständig gestalten, dort über wichtige Europaanrichten berichten. Außerdem hat die Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit Eur-Activ.de Medienseminare für Multiplikatoren in St. Martin am 28./29.10., in Geilenkirchen am 18./19.11. und in Berlin am 5.11.organisiert.

Für die Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union ist die Kooperation mit EurActiv.de eine wertvolle Hilfe und ein außerordentlich wichtiges Instrumentarium mit enormer Reichweite und Außenwirkung. Euractiv.de ist das meist gelesene europäische Nachrichtenportal, auf das alle wichtigen Europa-Akteure und Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft zurückgreifen. Darüber hinaus ist das Portal für alle interessierten Mitglieder der Europa-Union empfehlenswert, die sich aktuell und fundiert über europäische Politik informieren wollen.

2.2 Publikationen

2.2.1 *Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“*

Europa aktiv erschien 2011 mit zwei Einzel – und 2 Doppleausgaben. Die durchschnittliche gedruckte Auflage liegt bei etwa 12.000 Exemplaren.

Aus dem Inhalt

Europa aktiv 1-2011

- Das Timing stimmt – Fahrplan für die Programmdebatte
- Debatte kommt in Fahrt – EUD und JEF diskutieren modernes Leitbild
- Bernd Hüttemann als Generalsekretär verabschiedet
- Heißkalte Liebe – Islands Weg in die EU

Europa aktiv 2-2011

- Auf Krisen reagieren und Stabilität garantieren – Kommentar von Elmar Brok MdEP
- Zukunft ohne Grenzen – Protestaktionen haben sich gelohnt
- Kein Spaziergang – Kroatien auf die Weg in die EU

Europa aktiv 3/4-2011

- In der Krise schalten viele EU-Bürger ab – Wenn das Narrative fehlt: Wenig Wissen, schlechte Stimmung – von Ewald König, EurActiv
- Die Unionsbürgerschaft – Der (T)Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht?
- Europa-Union 2.0 – Neue Formen der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Europäische Außenpolitik – Marke ohne Kern?“ 16. Europäischer Abend

Europa aktiv 5/6-2011

- Zum Fiskalpolitischen Pakt – EurActiv-Interview mit Prof. Dr. Patrick Sensburg MdB
- Mit mehr Europa aus der Krise – Bericht zum Bundeskongress in Berlin
- Europa-Lilie und Europa-Diestel verliehen – Hauptpreis für Wirtschaftsweise, Schmäh-Preis für BILD
- Programmdiskussion engagiert weiterführen – Entwurf des neuen EUD-Grundsatzprogramms
- Bundesstaat jetzt – UEF fordert Konvent

2.2.2 EUD-konkret

EUD-konkret ist eine 2010 eingeführte Schriftenreihe der Europa-Union Deutschland. *EUD-konkret* bietet die Möglichkeit, Positionen aus dem Verband zu aktuellen europapolitischen Themen und Politikfeldern darzustellen, die in der namentlichen Verantwortung von Präsidiumsmitgliedern bzw. herausgehobenen Mitgliedern der Bundesgremien und Arbeitsgemeinschaften veröffentlicht werden. 2011 ist eine Ausgabe von *EUD-konkret* erschienen:

- EUD-konkret 1/2011: Welches Deutschland braucht Europa?

2.3 Europa-Union Werbemittel

In Zusammenarbeit mit der Firma Gabartas hat die Bundesgeschäftsstelle Luftballons, Kugelschreiber, Schlüsselanhänger, T-Shirts und andere Werbemittel mit dem Logo der Europa-Union herstellen lassen. Der Vertrieb der Werbemittel verläuft ausschließlich über die Firma Gabartas. Auf der Homepage www.gabartas.de können Werbemittel direkt bestellt werden.

<http://www.europa-union.de/service/eud-werbemittel/>

2.4 Elektronischer Newsletter

Der elektronische Newsletter des Bundesverbandes erreicht derzeit ca. alle zwei Monate rund 2.000 Mitglieder und Interessenten in ganz Deutschland. Im Newsletter finden sich aktuelle Informationen über die gegenwärtigen Aktivitäten, Projekte und Initiativen der Europa-Union Deutschland.

<http://www.europa-union.de/publikationen/newsletter/>

2.5 Internet

2.5.1 Europa-Union Deutschland Bundesverband

Als wichtiges Instrumentarium für die europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union Deutschland wurde die Internet-Präsenz des Verbandes weiter ausgebaut und verbessert. Die Grundstruktur der Webseite wurde 2011 mehreren Landes- und Kreisverbänden zur Verfügung gestellt. Diese können ihre Seiten nun eigenhändig betreiben und pflegen.

Die Webseite soll künftig allen Untergliederungen zur eigenständigen Nutzung angeboten werden. Dadurch soll die Öffentlichkeitsarbeit des Gesamtverbandes gestärkt und aktueller gestaltet werden.

www.europa-union.de

2.5.2 europatermine.de

Europatermine.de wurde im März 2001 für die Region Berlin-Brandenburg als rein ehrenamtliches Projekt gestartet. Seit Januar 2006 erfasst der Kalender bundesweit Veranstaltungen. Von 2007 bis 2010 war europatermine.de der offizielle Veranstaltungskalender der „Aktion Europa“.

In diesem Jahr wechselte die Redaktion von den Jungen Europäischen Föderalisten zur Geschäftsstelle der Europa-Union Deutschland. Europatermine.de bleibt aber weiterhin ein Kooperationsprojekt zwischen der Europa-Union, den Jungen Europäischen Föderalisten und dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland. Europatermine.de hat sich über die Jahre zu einem bundesweit einzigartigen Termindienst entwickelt, der Interessierten die gesamte Bandbreite von Veranstaltungen zu europäischen Themen übersichtlich und komfortabel zugänglich macht. Europatermine.de fungiert als Bindeglied zwischen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern und befördert so die Entstehung eines europäischen Bewusstseins. Als innovatives Kommunikationsinstrument ist europatermine.de in die gemeinnützige Arbeit der Trägerverbände integriert und unterstützt Dialog, Diskussion und Nachdenken über Europa.

2011 nahm die Nutzung des Kalenders durch Landes- und Kreisverbände zur Veröffentlichung ihrer Veranstaltungstermine weiter zu. Durch die Vernetzung mit den Seiten des Bundesverbandes erscheinen die aktuellen eingestellten Termine der Europa-Union-Verbände automatisch auf der Webpräsenz der Europa-Union Deutschland.

Europatermine.de bietet den Nutzern derzeit:

- Terminrecherche und -Aufbereitung für Bürgerinnen und Bürger durch die Europatermine.de-Redaktion
- schnellen Zugriff auf monatlich über 300 Ankündigungen durch eine klare Benutzerführung und thematische, zeitliche und geographische Suchfunktionen
- benutzerdefinierte Terminübersichten, individuelle RSS-Feeds, die speziell auch für Landesverbände der Europa-Union einrichten lassen
- eine mtl. Reichweite von rund 4600 Besuchern und über 2800 Newsletter-Abonnenten
- Vernetzung mit zahlreichen Partnerseiten durch i-frames, RSS-Feeds und ein frei integrierbares Formular, das die Terminsuche auch von externen Seiten aus erlaubt
- einfache Funktionen für Veranstalter, eigene Termine einzugeben

Dank einer Kooperation mit der schweizerischen Charles-Leopold Mayer Stiftung hat sich 2010 die Möglichkeit eröffnet, europatermine.de technisch weiterzuentwickeln und so künftig noch nutzerfreundlicher zu gestalten. Die Stiftung entwickelt quelloffene Software, die sie zivilgesellschaftlichen Organisationen kostenfrei zur Verfügung stellt. Dabei ist auch ein Kalender-Modul vorgesehen, für das europatermine.de Vorbild und Ideengeber ist. Nach einer Testphase wird entschieden, ob die neue Software für europatermine.de übernommen wird. Geplante technische Neuerungen sind u.a. die Einrichtung von Accounts für Veranstalter, die so ihre Termine selbst verwalten können und beispielsweise auch nicht-öffentliche Termine auf der Webseite des eigenen Verbandes anzeigen lassen können. Der Dienst bleibt für die Nutzer kostenlos.

Europatermine: www.europatermine.de

2.5.3 Europa-Union XING-Gruppe


Die Europa-Union-Gruppe beim Internetnetzwerk XING zählt fast 1.050 Mitglieder, 250 mehr als im Vorjahr. Im Rahmen der Gruppenseite wurden zahlreiche Foren eingerichtet, in denen Mitglieder der Gruppe zu den unterschiedlichsten Themen diskutieren und Vorschläge einbringen können. Weiterhin besteht die Möglichkeit, Gruppenmitglieder über ein spezielles Terminsystem zu konkreten Terminen einzuladen und Zu- bzw. Absagen zu verwalten.

Die Europa-Union auf Xing: www.xing.com/net/eud

2.5.4 Europa-Union Facebook-Gruppe

 In diesem Jahr konnten 500 neue Fans für die Europa-Union Facebook-Seite hinzugewonnen werden. Rund 1.500 Facebook-Nutzer sind Fan der Seite. Alle Beiträge auf der Webseite des Bundesverbandes werden auch auf Facebook bekannt gemacht. Außerdem werden dort kleinere Meldungen zu europapolitisch relevanten Ereignissen eingestellt und eigene Veranstaltungen beworben. Die Europa-Union auf Facebook: <http://www.facebook.com/EuropaUnionDeutschland>

2.5.5 Europa-Union auf Twitter

 Die Europa-Union ist seit 2009 auf Twitter aktiv. Rund 450 Abonnenten (Follower) erhalten die Kurznachrichten (tweets) der Europa-Union. Die Europa-Union auf Twitter: <http://twitter.com/EuropaUnionDE>

3 Veranstaltungen

3.1 Europäischer Abend: Kooperation mit dem dbb deutschen beamtenbund und tarifunion und der Europäischen Kommission

Der „Europäische Abend“ hat sich zu einem festen und erfolgreichen Veranstaltungsformat in Berlin entwickelt. Nicht nur Entscheidungsträger und Multiplikatoren, sondern auch europainteressierte Bürgerinnen und Bürger werden gemeinsam von der Europa-Union Deutschland, dem deutschen beamtenbund und tarifunion dbb und von der Vertretung der Europäischen Kommission regelmäßig in das dbb forum in Berlin-Mitte eingeladen. Mitveranstalter ist auch der Europa-Union Landesverband Berlin. Die Europäischen Abende befassen sich mit aktuellen und spannenden europapolitischen Themen. Hochrangige Gäste aus Brüssel, Straßburg und EU-Staaten diskutieren mit deutschen Vertre-

tern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Die Vorträge, Streitgespräche und Podiumsrunden behandeln europäische Fragen, auf die noch Antworten zu finden sind. Die Europäischen Abende bieten ihren Gästen die Chance, sich politisch weiterzubilden, neue Kontakte zu knüpfen, alte Verbindungen neu zu beleben und sich auszutauschen. Der dbb club, in dem die Abende ausklingen, bietet dafür einen stilvollen Rahmen. Von den Europäischen Abenden können Anregungen für die europäische Arbeit und die Interessenwahrnehmung im europapolitischen Bereich ausgehen. Mit 200 bis 300 Teilnehmern finden die Europäischen Abende eine erfreuliche Resonanz und sind nun schon seit sechs Jahren fester Bestandteil der wichtigsten europapolitischen Veranstaltungen in der Bundeshauptstadt.

3.1.1 *Europäischer Abend am 13.4.11: „Bürgerschaftliches Engagement: Miteinander in und für Europa“*



Als „Kitt der Gesellschaft“ bezeichnete dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen das Ehrenamt und betonte die große Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland und Europa. Er eröffnete den 15. Europäischen Abend, der sich dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit unter dem Titel „Miteinander für und in Europa“ widmete. Mehr als 250 Personen folgten der Einladung ins *dbb forum berlin*.

Staatssekretär Dr. Hermann Kues aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beschwor in seiner Rede eine neue Kultur der Freiwilligentätigkeit und begrüßte den neuen Bundesfreiwilligendienst, der allen offen steht.

In der anschließenden von Prof. Dr. Eckart Stratenschulte moderierten Podiumsdiskussion sprachen die grüne Bundestagsabgeordnete Britta Haßelmann, Prof. Dr. Thomas Olk, Vorsitzender des Sprecherrates des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Ursula Fehling vom Deutschen Bundesjugendring, EUD-Präsidiumsmitglied Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann und Cathrin Schauer, Geschäftsführerin von KARO e.V., über den aktuellen Stand und die Potentiale von ehrenamtlichem Engagement in Deutschland und der EU.

Das Schlusswort hielt Marie-Thérèse Duffy-Häusler von der EU-Kommissionsvertretung.

3.1.2 *Europäischer Abend am 16.11.11.: „Europäische Außenpolitik: Marke ohne Kern?“*



Die Herausforderungen an eine europäische Außenpolitik und den seit Ende 2009 im Aufbau befindlichen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) haben dbb, Europa-Union Deutschland und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland am 16. November einer kritischen Prüfung unterzogen. Thema ihres 16. Europäischen Abends mit fast 400 europainteressierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern war: „Europäische Außenpolitik – Marke ohne Kern?“

Um dem vermeintlichen „Kern“ europäischer Außenpolitik näher zu kommen, skizzierte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lüthmann zunächst die Quellen, aus denen sich gemeinschaftliches Handeln in Europa speist. „Europäische Außenpolitik ist etwas, das im Werden ist.“ Die Aussage, die sich wie ein roter Faden durch die Rede des Außenministers der Republik Tschechien, Karl Schwarzenberg, zog, blieb bei den Europakennern, die sich anschließend auf hohem Niveau über Hemmnisse und Chancen europäischer (Außen-)Politik austauschten, ohne Widerspruch. Die Podiumsteilnehmer der von Professor Eckart Stratenschulte, dem Direktor der Europäischen Akademie Berlin, moderierten Podiumsdiskussion - der ehemalige Botschafter Wolfgang Ischinger, der Berliner Professor Thomas Risse, der Direktor des EAD Gerhard Sabathil, der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Europa-Union Parlamentariergruppe Manuel Sarrazin und Tschechiens Außenminister Karl Schwarzenberg - nutzten den Gedankenaustausch, um vor dem Hintergrund der herrschenden Krise ihre eigenen Positionen zu überprüfen. Ein Fazit: Europa kann seine Geltung in der Welt nur behaupten, wenn es gelingt, möglichst schnell den Binnendiskurs der Nationalstaaten zugunsten gemeinsamen außenpolitischen Handelns aufzugeben.

3.2 EU-Erweiterungsgespräche

Die Erweiterungspolitik ist eine der bedeutungsvollsten und gleichzeitig sensibelsten Politikbereiche der EU. Die Europa-Union Deutschland ist sich der zentralen Bedeutung einer glaubwürdigen Erweiterungspolitik bewusst, die die Balance findet zwischen einer verlässlichen europäischen Perspektive für potentielle Beitrittskandidaten und der Berücksichtigung der Erweiterungsfähigkeit der EU. Deshalb veranstaltet die EUD seit 2011 die Reihe „EU-Erweiterungsgespräche“. Eingeladen werden der Botschafter des jeweiligen Landes, Abgeordnete des Bundestages sowie Vertreter der Kommission und der Wissenschaft. Die Erweiterungsgespräche zu Island und Kroatien erfreuten sich positiver Resonanz der zahlreichen Teilnehmer.

3.2.1 Island auf dem Weg in die EU am 24.2.11

„Die Europa-Union Deutschland freut sich, dass nach Dänemark, Finnland und Schweden ein weiteres Land des Nordischen Rates Mitglied der Europäischen Union werden möchte“, so Vizepräsident Ernst Johansson auf der gemeinsamen Veranstaltung der Europa-Union Deutschland und der Isländischen Botschaft im „Felleshus“ (Gemeinschaftshaus) der Nordischen Botschaften in Berlin.

Seit Juni 2010 zählt Island zu den offiziellen Beitrittskandidaten. Island erfüllt alle politischen und rechtsstaatlichen Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft. Trotzdem gilt es, noch einige Stolpersteine auf dem Weg in die EU aus dem Weg zu räumen. So haben die Auseinandersetzungen mit Großbritannien und den Niederlanden um Entschädigungszahlungen wegen des Konkurses der Icesave-Bank die Gespräche zwischen Reykjavík und Brüssel belastet. Die Staatsverschuldung ist Ende 2009 auf 88 Prozent des BIP gestiegen. Und schließlich: Bevor Island Mitglied der EU werden kann, müssen die 320.000 Isländer erst in einem Referendum dem Beitritt zustimmen. Scheitert der Beitritt an den Bürgern? Welche Auswirkungen hätte die EU-Mitgliedschaft für Island? Und welchen Nutzen zieht die EU aus der Aufnahme des Landes?

Darüber diskutierten Botschafter Gunnar Snorri Gunnarsson, die Bundestagsabgeordneten Hans-Michael Goldmann und Michael Roth sowie Prof. Bernd Henningsen vom Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität Berlin mit einem interessierten Publikum von mehr als einhundert Gästen. EUD-Vizepräsident Ernst Johansson moderierte den Abend.

„Aus deutscher Sicht ist der Beitritt Islands zur EU hochwillkommen“, so EUD-Präsident Peter Altmaier in seinem Schlusswort. Deutschland habe ein vitales Interesse, dass das nordische Gewicht in der EU gestärkt werde. Er erwarte eine aktive Rolle Islands in der Gemeinschaft. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass die EU nicht nur eine Werte- und Kulturgemeinschaft, sondern darüber hinaus eine Solidaritätsgemeinschaft sei.

3.2.2 Kroatien auf dem Weg in die EU am 21.9.11



Kroatien hat die EU-Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen, die Aufnahme in die Europäische Union ist für den 1. Juli 2013 geplant. Auf ihrem Staatsbesuch in Zagreb sagte Bundeskanzlerin Merkel, dass sie sich auf den Beitritt Kroatiens freue und zeigte sich fest davon überzeugt, dass dadurch eine Signalwirkung für die anderen Balkanstaaten ausgehe. Kann Kroatien tatsächlich Impulse für die Balkan-

region geben? Welchen Nutzen zieht das Land aus einem EU-Beitritt und was bedeutet die Mitgliedschaft für die Reformbemühungen Kroatiens?

Diese und weitere Fragen standen im Fokus einer Podiumsdiskussion mit dem kroatischen Botschafter Dr. Miro Kovač, dem Vorsitzenden der Deutsch-Kroatischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Horst Meierhofer, dem Kroatien-Experte der Europäischen Kommission, Dirk Lange sowie Katrin Böttger vom Institut für Europäische Politik. Moderiert wurde die gut besuchte Veranstaltung von Dr. Marzenna Guz-Vetter von der Vertretung der Europäischen Kommission.

3.3 EUD-Forum „Bürger in Europa“

3.3.1 *Auf dem Weg zu mehr und besseren Arbeitsplätzen (31.03.2011)*

Wie können mehr und bessere Arbeitsplätze in Europa geschaffen werden? Und wie gelingt es, wirtschaftliche und soziale Interessen stärker miteinander zu verknüpfen? Diese zentralen Fragen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutierten EU-Kommissar László Andor und EUD-Vizepräsidentin Dr. Eva Högl MdB am 31. März bei einem europapolitischen Gespräch im Europäischen Haus in Berlin.

Nach der Begrüßung der rund 150 Gäste durch den Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Matthias Petschke, skizzierte der EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration die für sein Ressort wichtigsten Kernziele und Leitinitiativen der EU-Strategie Europa 2020. In ihrem Kommentar gab Högl zu bedenken, dass die Themen Beschäftigung und Soziales in letzter Zeit eher in den Hintergrund gerückt seien und begrüßte daher den Fokus der Strategie Europa 2020 auf sozialpolitische Belange. Unter der Moderation von Andrea Despot von der Europäischen Akademie Berlin vertieften Andor und Högl das Thema in der Diskussion mit dem Berliner Fachpublikum und den Mitgliedern der Europa-Union.

3.4 Veranstaltungsreihe: „Europa – Wege aus der Krise“

Eine Reihe von Regionalveranstaltungen wurden 2011 zum Thema „Europa – Wege aus der Krise“ bundesweit abgehalten. Zahlreiche Kreis-, Orts- und Landesverbände der Europa-Union Deutschland erhielten vom Bundesverband Förderzuschüsse und Beratung zur Durchführung von Diskussionsveranstaltungen. Ziel der Regionalveranstaltungen war, EU-Informationsarbeit von Bürgern zu Bürgern zu ermöglichen. Jugendliche und Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft gehörten zur Zielgruppe. Thematische Schwerpunkte der Veranstaltungsreihe waren die Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nach der Eurokrise, Kosten und Nutzen der EU für Deutschland und seine Bürger/innen, Bürgerrechte in Europa sowie Europas Verantwortung in der Welt, insbesondere in Bezug auf die Mittelmeerkrise.

3.4.1 *Europafestival der Jugend (5.5.11, Tillenberg)*

In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband veranstaltete der Kreisverband Tirschenreuth einen Europa-Tag für 550 Kinder aus dem Landkreis und aus einer tschechischen Partnerschule in Marienbad. Die Schüler wanderten gemeinsam vom Grenzlandturm zum Tillenberg, der laut Berechnungen von österreichischen Kartographen aus dem Jahre 1865 der Mittelpunkt Europas sein soll.



In seiner Ansprache betonte Landrat Wolfgang Lippert, wie wichtig es für die Schüler sei, gemeinsam im Europäischen Haus aufzuwachsen und es zu gestalten. Schulrat Rudolf Kunz fügte hinzu: „Ihr seid wichtige Bausteine. Entwickelt unseren Kontinent weiter!“

3.4.2 *Eurokrise – Fata Morgana oder Realität? (11.5.11, Göttingen)*

Der Göttinger Kreisverband, der Bundesverband der Europa-Union Deutschland sowie die Hochschulgruppe der Jungen Europäischen Föderalisten hatten zu einer Diskussionsveranstaltung „Eurokrise – Fata Morgana oder Realität?“ eingeladen.

Harm Adam, der Göttinger Kreisvorsitzende, konnte als Referenten den sich zur Finanzaufsicht habilitierenden Dr. Alexander Thiele, Akademischer Rat am Institut für allgemeine Staatslehre und Politische Wissenschaften, von der Georg-August-Universität Göttingen, begrüßen.

Der Referent erklärte, dass sowohl die Innenstabilität als auch die Außenstabilität des Euro bislang nicht gelitten habe. Für eine Währungskrise gebe es insoweit noch keinen objektiven Befund. Allerdings gebe es „Teilkrisen“ in den einzelnen Ländern der Euro-Zone.

Die Teilnehmer der Veranstaltung nahmen das Ende der Diskussion zum Anlass, rege private Diskussionen aufzunehmen. Das Ziel, Multiplikatoren eine nüchterne Betrachtung der „Euro-Krise“ zu ermöglichen, wurde erreicht.

3.4.3 Die Krise im Euro-Raum (17.5.11, Königsstein)

Im Rahmen der Europawoche 2011 hatten der Bundesverband und der Kreisverband Hochtaunus den ehemaligen Bundesfinanzminister und hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel zu einem Vortrag ins Bürgerhaus Falkenstein eingeladen. Eichel sprach vor etwa 50 Besuchern über die aktuelle Krise im Euro-Raum. Besonderes Gewicht legte er auf die Erklärung der Situation in Griechenland.

Zu Lösung der Krise müssten jetzt mehr Schritte zur weiteren politischen Integration der Europäischen Union gemacht werden. Dazu gehörten – so Hans Eichel – eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, bei der auch die Löhne mit einzubeziehen seien. Es gäbe nur diesen einen Weg nach vorn, wenn Europa mit seinem einzigartigen Gesellschaftsmodell in der globalen Welt überleben möchte, lautete sein Fazit.

3.4.4 Europa – Wie weit geht Solidarität? (25.8.11, Wiesbaden)



Andrea Nahles zeigte sich in ihrem Vortrag beim Europa-Union Kreisverband Wiesbaden kämpferisch für Europa. Die Generalsekretärin der SPD machte klar, dass Deutschland nur in einem starken Europa eine gute Zukunftsperspektive hat. „Wir werden, wenn wir uns in Europa auseinanderdividieren lassen, global keine Rolle mehr spielen.“ Die EU müsse in Zeiten der Krise mit gezielten Investitionen in Zukunftstechnologien und nachhaltiger Haushaltspolitik das europäische Gesellschaftssystem bewahren. Nahles erklärte, dass z.B. mit der europäischen Bürgerinitiative bereits wichtige Schritte in Richtung eines Europas der Bürger gegangen worden seien.

3.4.5 Bricht Europa auseinander? (12.9.11, Bochum)

Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Bricht Europa auseinander?“ fand am 12.09. im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets statt. Mehr als 100 Personen kamen zu der von Prof. Dr. Jürgen Mittag moderierten Veranstaltung.

Der Arbeitsminister des Landes NRW Guntram Schneider plädierte in seinem Vortrag dafür, zukünftig mehr demokratische und föderale Strukturen zu schaffen, um Krisen zu vermeiden.

MdB Axel Schäfer betonte, dass nicht nur der Euro, sondern die EU als Ganzes von immenser Wichtigkeit für alle Europäer sei. Viele vernachlässigten, dass uns die EU trotz Krisen seit vielen Jahren Frieden, Sicherheit und Wohlstand schenkt. Nun stehe die EU vor der Herausforderung, aus der Krise etwas Neues zu schaffen, um Zukünftige besser zu überstehen.

Dr. Heinrich Hoffschulte, Ehrenvorsitzender des Europa-Union Landesverbandes NRW, sprach von der Möglichkeit einer Finanz- oder Wirtschaftsregierung. Eine bessere Koordination der Sozial- und Steuerpolitik müsse her, wenn die EU langfristig solche Probleme vermeiden wolle.

Der Direktor der Evangelischen Akademie in Bochum, Arno Lohrmann, war über die Kooperation seiner Akademie mit einer Einrichtung aus Lettland voll des Lobes. Solche Projekte sollten in der EU weiter verbreitet werden.

3.4.6 Die Verfasstheit Europas – Problem oder Lösung? (16.9.11, Freiburg)

Der EUD Kreisverband Freiburg veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband und der JEF ein öffentliches Diskussionsforum über die Zukunft der Europäischen Union.

Die Europaexperten Klaus-Dieter Sohn, Centrum für Europäische Politik Freiburg und Dr. Ralf Michael Straub, Rechtsanwalt aus Basel, hielten einleitende Kurzvorträge. Es folgte eine Plenumsdiskussion zu den Themen "Vereinigte Staaten von Europa" und "Europa – eine Herzenssache".



3.4.7 Europa vor den Herausforderungen der Zeit (16.9.11, Stuttgart)

Eine Diskussion mit der baden-württembergischen Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch zeigte: Die Jugend will ein Mehr an Europa nur, wenn die Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen.

Brigitte Lösch warb in der Krise für ein Mehr an Europa und warnte vor einem Rückfall in die Nationalstaatlichkeit. Die überzeugte Europäerin sprach engagiert und lebhaft über die europäische Einigung und die vielen Vorteile, die wir als Bürger im vereinten Europa haben. Für die etwa dreißig anwesenden Jugendlichen aus dem GBJ Programm der Stadt Stuttgart reichte dies nicht aus. In einer sehr angeregten und lebhaften Diskussion zeigten sich die Abiturienten enttäuscht darüber, wie wenig die Politik in der Krise ihre eigenen Fehler zugibt und die Ängste der Bürger ernst nimmt. Keiner der Jugendlichen will zurück in die Nationalstaatlichkeit, aber sie hatten viele Fragen dazu, wieso einzelne Mitgliedstaaten für die Fehler und Schulden anderer Staaten aufkommen sollen. Grundsätzlich wollten sie auch verstehen, wieso die Regierungen nicht von Anfang an, bei der Einführung der gemeinsamen Währung, genau hingeschaut und Vorsorge getroffen haben, um eine solche Schuldenkrise, die ganz Europa belastet, zu verhindern.

Brigitte Lösch, unterstützt von der Kreisvorsitzenden der Europa-Union Stuttgart Dr. Petra Püchner, erläuterte, dass bei der Entwicklung der EU immer auch politische Gründe vorrangig waren – sonst wären wir heute nicht eine EU mit 27 Mitgliedstaaten. Deshalb warb Brigitte Lösch immer wieder auch für eine Solidargemeinschaft. Daneben stellten sie dar, dass zurzeit natürlich Verfahren entwickelt werden – allerdings mehr reaktiv als aktiv. Hier stellten die Diskutanten die Forderung an die Politik, aktiv an der Weiterentwicklung der EU zu arbeiten, was auch bedeute, dass die Verträge in Zukunft auch Verfahren und Sanktionen für finanzielle Krisen regeln müssen.

3.4.8 Nationalismus oder Europa? (20.9.11, Hamburg)



In seinem Vortrag zum Thema „Europa oder Nationalismus“ betonte Prof. Paul Lendvai die Wichtigkeit des Europäischen Projekts vor dem Hintergrund von wachsendem europäischem Nationalismus. Der ungarisch-österreichische Publizist bezog sich hierbei besonders auf das Beispiel Ungarn, welches er bereits in seinem Buch „Mein verspieltes Land“ beleuchtet hat.

Lendvai nannte Kommunikation und Information als wichtigstes Mittel im Kampf gegen Nationalismus und machte deutlich, wie gefährlich die Unterdrückung und Korruption der freien Presse durch extreme Parteien sei. Zusätzlich gebe es in osteuropäischen Staaten immer noch ein massives Korruptionsproblem, weshalb ihr Beitritt zur EU verfrüht gewesen sei. Prof. Lendvai schloss

seinen Vortrag mit dem Statement, dass die Integration der Europäischen Union die größte Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit sei.

3.4.9 Europa nach Lissabon – Perspektiven der Europäischen Integration (22.9.11, Karlsruhe)

Der Kreisverband Karlsruhe veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband einen Vortragsabend mit Wolf Schünemann zum Thema „Europa nach Lissabon – Perspektiven der europäischen Integration; Visionen, Ziele und Elemente eines zukünftigen Europas“. Der Referent hat Politikwissenschaft und Philosophie mit Schwerpunkt Europa in Deutschland und Frankreich studiert. Er ist am Institut für Sozialwissenschaft, Abt. Politikwissenschaft der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau tätig.

Schünemann stellte zuerst den konstitutionell-politischen Einigungsprozess bis hin zum Lissabon-Vertrag dar. Es folgten Ausführungen zur wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklung nach einem Stufenmodell. Deutlich zeigte er die Fehlkonstruktionen auf, die bei der Gründung der Währungsunion institutionalisiert wurden. Auch die Rolle der Europäischen Zentralbank wurde kritisch beleuchtet. Wolf Schünemann machte deutlich, wo bereits beim aktuellen Krisenmanagement zur Stabilisierung einzelner Staaten gegen Grundprinzipien der Verträge verstoßen wurde. Der Höhepunkt des Vortrags war die Vorstellung von Wolf Schünemanns 10 Thesen zur Fortentwicklung der Europäischen Union. Die Thesen bildeten eine hervorragende Diskussionsgrundlage, die von den Teilnehmern lebhaft genutzt wurde.

3.4.10 Was ist Europa wert? - Europäische Werte in Zeiten der Krise (23.9.11, Bad Boll)

Die Europaabgeordnete und stellvertretende baden-württembergische EUD Landesvorsitzende Evelyne Gebhart, der Vizepräsident des Europäischen Parlaments und EUD Landesvorsitzende Rainer Wieland und der Studienleiter für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsethik der Evangelischen Akademie Dr. Dieter Heidtmann diskutierten über die Frage „Was hält die Europäische Union zusammen?“. Besonderer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Wertbindung Europas. Die Diskutanten machten deutlich, dass die EU-Verträge die Anerkennung allgemeiner und universeller Werte als Grundprinzipien des Handelns der EU festschreiben. In der aktuellen Krise zeige sich aber, dass Freiheit und Verantwortung auseinandergedriftet seien. Risiko und Haftung müssten wieder verbunden werden und die EU müsse sich wieder mehr auf den Friedensgedanken besinnen und eine tragfähige Vision für die Zukunft entwickeln. Die Lösung liege nicht in weniger, sondern in mehr Europa.



3.4.11 Aus der Krise lernen, die Zukunft gestalten. Die EU unter Entwicklungszwang (30.9.11, Mannheim)

Prof. Jan Bergmann erläuterte in seinem Vortrag die Entwicklungslinien der Europäischen Einigung anhand der verschiedenen Verträge. Er zeigte eine deutliche, sukzessive Ausweitung der bundesstaatlichen Kompetenzen der EU. In der lebhaften Diskussion wurden mehrere politische Felder angeführt und diskutiert, für welche gemeinschaftliche Handlungsstränge dringend erforderlich seien und im Rahmen der bestehenden Verträge realisiert werden könnten. Darüber hinaus wurden auch Aspekte diskutiert, die einer künftigen Änderung bzw. Ergänzung der bestehenden Verträge bedürfen und letztendlich auch einzelstaatliche rechtliche Anpassungen nötig machen. Eine föderale Entwicklung der Union bildete den Fokus der engagierten Diskussion.

3.4.12 Eurokrise – Phantom oder Realität? (12.10.11, Bad Pyrmont)

Wie kam es zur Schuldenkrise und welche Handlungsoptionen haben die Länder der EURO-Zone? Diese beiden Fragen bildeten den Schwerpunkt des Vortrags von Dr. Alexander Thiele von der Universität Göttingen. Angesichts der rasanten Entwicklungen mit beinahe täglich neuen Hiobsbotschaften wollten die Teilnehmer vor allem die Hintergründe der Krise und die neuen Instrumente wie beispielsweise den EFSF verstehen. Dr. Thiele sprach sich dafür aus, die Krise nicht allein unter ökonomischen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern auch alle anderen Aspekte bei deren Bewältigung zu berücksichtigen. Einige Ausführungen des Referenten führten zu lebhaften Diskussionen innerhalb des Publikums. Die von Bundesverband und Kreisverband Bad Pyrmont organisierte Veranstaltung wurde von der großen Mehrheit der Gäste äußerst positiv bewertet. Sie gab den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern Anstöße für Folgegespräche und Recherchen.

3.4.13 5. Energieforum: (De-)Zentralisierung der Energieversorgung – deutsche und europäische Perspektiven (28.10.11, Kiel)

Bis 2050 will Europa den CO₂-Ausstoß deutlich senken. Doch während man in Brüssel wieder verstärkt auf Kernenergie setzen will, um dieses Ziel zu erreichen, bevorzugt man in Deutschland eher die dezentrale Versorgung durch erneuerbare Energieträger. Die Dezentralisierung spielt sich gleichzeitig auf vielen Ebenen ab und stellt Politik, Wirtschaft und Energieversorger vor ganz neue Herausforderungen. Das wurde auf dem 5. Energieforum deutlich, zu dem die Europa-Union Schleswig-Holstein und das Europe Direct Kiel in Zusammenarbeit mit dem EUD Bundesverband und den Stadtwerken Kiel eingeladen hatten.

Als Referenten konnten Uwe Döring, ehemalige Minister und Landesvorsitzende der Europa-Union Schleswig-Holstein, Dr. Jörn Krautwurst, Initiator des Energieforums, Dr. Klaus Rave, Chairman des Global Wind Energy Council, Michael Wübbels vom Verband kommunaler Unternehmen und Stefan Grützmaker, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Kiel, gewonnen werden. Sie informierten über die schon sichtbaren Folgen des Klimawandels, die Leitlinien europäischer Energiepolitik bis 2050 und die Notwendigkeit, bei einem Wechsel zu erneuerbaren Energien die Stromnetze auszubauen und zu dezentralisieren.

In der anschließenden Podiumsdiskussion zeigte sich das Publikum engagiert und gut informiert. Das Fehlen einer einheitlichen europäischen Energiepolitik wurde wiederholt bedauert. Die Teilnehmerr/Innen waren überzeugt, dass die Umstellung auf erneuerbare Energien in Europa nur gemeinsam gelingen könne: Solarenergie aus Griechenland und Spanien, Windkraft aus Norddeutschland und den Niederlanden, Pumpspeicherkraftwerke in Skandinavien. Die Skepsis gegenüber dem Ausbau der Netz-Infrastruktur war groß, was vom Podium kritisch aufgegriffen wurde: „Man kann nicht für erneuerbare Energien statt Kernkraft sein und den Ausbau der Stromnetze ablehnen – für eine solche Haltung habe ich kein Verständnis“, sagte etwa Michael Wübbels vom Verband kommunaler Unternehmen. Immer wieder wurde auch auf die Frage eingegangen, was die Veränderungen in der Energieversorgung für die Verbraucher bedeuten werden.

3.4.14 Der Euro – Anker der EU-Integration? (10.11.11, Montabaur)

Temperamentvoll und mit beißender Kritik setzte sich Europaabgeordneter Werner Langen in einer gut besuchten Veranstaltung der Europa-Union Westerwald mit dem nationalstaatlich basierten, europafremden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gültigkeit der fünf Prozentklausel bei Europawahlen auseinander um anschließend überzeugend darzulegen, dass der Euro die Grundlage für eine weitere gute Entwicklung der Eurozone und der EU bleibe. Für die Lösung der Staatsschuldenkrise und ihre Verwobenheit mit der internationalen Finanzmarktentwicklung, in der Gier und Angst treibende Faktoren seien, gebe es kein Patentrezept. Es dürfe nicht vergessen werden, dass Deutschland eine Mitschuld am „Entschärfen“ des Stabilitätspaktes in den frühen 90er Jahren trage. Wenn es für die Rettungsschirme eine deutsche Bürgschaft von 211 Milliarden Euro gebe, so bestünden schon zuvor Bürgschaften in fünffacher Höhe, nämlich 1,055 Billionen Euro. Auch wenn Langen ein gewisses Risiko für die Rettungsschirmbürgschaft einräumte, wies er doch darauf hin, dass Deutschland bisher rund 500 Millionen Euro an Zinsen für den Kredit erhalten habe. Es sei richtig, die Krise Schritt für Schritt zu lösen und dabei stets auch kleinere Mitgliedstaaten einzubinden. Die Währungsunion müsse durch eine handlungsfähige Wirtschaftsunion ergänzt werden.

3.4.15 Seminar „Bürger in Europa zeigen Gesicht gegen Rechtsextremismus“ (12.11.11, Neubrandenburg)

Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und dem erneuten Einzug der NPD in den Landtag veranstaltete die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit dem Bundesverband und dem KOWA-Büro Neubrandenburg ein Seminar zum Thema Rechtsextremismus. Die Landtagspräsidentin und Mitbegründerin des Netzwerks „Wir, Erfolg braucht Vielfalt“ Sylvia Bretschneider unterstrich, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, Gesicht gegen Rechts zu zeigen. Hier seien Politiker, Bürgerinitiativen und Eltern gleichermaßen aufgerufen, Werte wie Demokratie aktiv zu vermitteln und rechten Parolen mit Argumenten entgegenzutreten.

Ingmar Dette vom Regionalzentrum Südvorpommern beleuchtete in seinem Vortrag die unterschiedlichen Ausprägungen von Rechtsextremismus. Eine Besonderheit in Mecklenburg-Vorpommern ist die enge Zusammenarbeit zwischen rechten Kameradschaften und der NPD als sogenannte „Front von Rechts“. Diese gut ausgebauten und vernetzten Strukturen ermöglichen u.a. eine professionelle Kampagnenarbeit.

Ein besonderer Schwerpunkt des Seminars wurde auf den Umgang mit Ressentiments gegenüber dem Nachbarland Polen gelegt. Antipolnische Klischees sind weit verbreitet und wurden im Wahlkampf von der NPD weiter geschürt. Wie man ihnen begegnen kann, zeigte Nils Gatzke vom Regionalzentrum Mecklenburg-Vorpommern e.V.. Der Verein hat das Projekt „perspektywa“ ins Leben gerufen, das Polenfeindlichkeit entgegentritt. Das große Interesse der Teilnehmer/Innen an den einzelnen Themenfeldern zeigte sich in lebhaften Diskussionen, denen während des Seminars viel Platz eingeräumt wurde.

3.4.16 Bricht Europa auseinander? Muss uns um die Zukunft der Europäischen Union bange werden? (17.11.11, Geilenkirchen)

Was haben die Bürger der Europäischen Union künftig zu erwarten? Bleibt der Euro als gemeinsame Währung überhaupt erhalten? Bestimmt die Finanz- und Bankenwelt demnächst allein das Schicksal Europas? Sollen die Bürger letztlich für die Folgen aufkommen, die einige Finanzhasardeure ausgelöst haben? Wie sicher ist die Zukunft der Europäischen Union überhaupt? Antworten darauf erhielten die Teilnehmer der Diskussion von einem Podium mit namhaften Europa-Experten. Die Ministerin für Bundes-, Europaangelegenheiten und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Angelica Schwall-Düren und Prof. Dr. Wolfgang Wessels von der Universität Köln stellten sich der Diskussion mit dem Publikum. Die Veranstaltung wurde

moderiert von Prof. Dr. Gerd Wassenberg, Vorsitzender des Stadtverbandes Geilenkirchen der Europa-Union Deutschland.

3.4.17 Die künftige Förderpolitik der EU und ihre Auswirkungen auf Schleswig-Holstein (24.11.11, Flintbek)

474 Millionen Euro – so viel Geld wird Schleswig-Holstein in den Jahren 2007 bis 2013 aus denördertöpfen der Europäischen Union erhalten. In den vergangenen Jahren wurden mit den europäischen Mitteln Projekte in den Bereichen Tourismus, Arbeitsmarkt, Bildung, Forschung, Schulpartnerschaften, Kultur und Jugendaustausch gefördert. Und das sehr erfolgreich, wie Bürgermeister Hans-Jürgen Kütbach aus Bad Bramstedt feststellte: als Vorsitzender des Vereins "Holsteiner Auenland", einer der 21 schleswig-holsteinischen AktivRegionen, teilt er die Sorge vieler Bürger, dass ohne den Geldsegen aus Brüssel bald Schluss sein könnte mit der Erfolgsgeschichte.

Für genaue Zahlen sei es derzeit noch zu früh erklärte der Europaabgeordnete Reimer Böge. Die Verhandlungen haben gerade erst begonnen und über die genaue Verteilung der Mittel zwischen den Mitgliedsstaaten würde in Brüssel derzeit noch heftig gerungen. Die osteuropäischen Mitgliedstaaten bekommen bislang vergleichsweise wenig Gelder aus Brüssel und möchten das in der kommenden Förderperiode gern ändern. In diesem Fall stünden bei einem gleich bleibenden europäischen Haushalt weniger Gelder für Schleswig-Holstein zur Verfügung. Man könne aber davon ausgehen, dass alle Regionen in Schleswig-Holstein auch nach 2013 förderfähig blieben, so Böge.

Viele der gut 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten bereits Erfahrungen mit europäischen Förderprogrammen. Sie wünschten sich Verbesserungen wie z.B. eine schnellere Bearbeitung der Förderanträge, die zeitnahe Bereitstellung der Mittel und eine einfachere Abrechnung der Fördergelder. Dennoch waren sie sich einig: die Förderung aus Brüssel ist eine gute Sache, denn ohne sie wären viele gute Projekte vor Ort gar nicht möglich. Die europäische Förderung solle daher unbedingt fortgesetzt werden.

3.4.18 Europa – Wege aus der Krise (03.12.11, Hammelburg)

Lutz Hager, Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland, zeigte sich in seinem Vortrag überzeugt, dass das Ergebnis der Krise ein Mehr an Europa sein wird. Nach einem einleitenden Überblick über die Entstehungsgeschichte der EU, ging er auf den wichtigen Beitrag ein, den der Europäische Integrationsprozess im Laufe der Zeit für den politischen und wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands gespielt hat. Die Währungsunion sei heute auch eine wichtige Bedingung für den globalen Einfluss Europas. Daher müsse alles versucht werden, um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. Griechenland habe bereits große Anstrengungen unternommen und befinde sich auf einem schmerzhaften Weg. Von Seiten der europäischen Partner müsse Griechenland Zeit gewährt werden, um seine Schuldenlast weiter zu reduzieren und seine Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen.

Auch der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Bad Kissingen Roland Friedrich vertrat in seinem Vortrag die Auffassung, dass die Euro-Frage für Deutschland und Europa von historischer Bedeutung sei. Es gebe keine Euro-Krise, sondern in erster Linie eine Staatsschuldenkrise, die aus einer vorhergehenden Finanzkrise resultiere. Die Bankenkrise, die mit der Insolvenz von Lehman Brothers in den USA ihren Ausgang nahm, habe auch erhebliche Auswirkungen auf die Eurozone gehabt. Friedrich gab einen Überblick über die Entwicklung der Staatsverschuldung in Europa und der Welt und erklärte die derzeitigen Mechanismen wie z.B. den ESM, die zur Behebung der Krise eingesetzt werden. Friedrich erinnerte zudem daran, dass Deutschland wie kein anderes Land in Europa vom Euro profitiere. Deutsche Firmen exportierten mehr als 40 Prozent ihrer Ausfuhren in Länder der Eurozone – ganz ohne Währungsrisiko und komplizierte Wechselkurse. Auch die Preisstabilität habe sich seit der Einführung des Euro verbessert. Die Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum liege also in Deutschlands ureigenstem Interesse. Man müsse den verschuldeten Staaten beim Aufbau ihrer Wirtschaft helfen, damit sie wieder auf die Beine kommen. In der lebhaften Diskussion mit dem Publikum im Anschluss ging es vor allem um die aktuelle Situation in Griechenland.

3.5 Bürgerforen: Mitreden über Europa

Im Auftrag des Informationsbüros des Europäischen Parlaments hat die Bundesgeschäftsstelle in diesem Jahr vier Bürgerforen mit Europaabgeordneten organisiert. Die jeweilige Veranstaltung wurde von einem Vertreter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments begleitet. Die Moderation übernahm ein Medienpartner aus der Region. Am 3.2.11 diskutierten in Düsseldorf die Europa-Abgeordneten Alexander Alvaro (FDP), Petra Kammerevert (SPD), Jürgen Klute (DIE LINKE), Klaus-Heiner Lehne (CDU) sowie Stefan Engstfeld (Bündnis 90/ Die Grünen), Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, rege mit den Bürgern. Das Bürgerforum in Erfurt am 24.02.11 stand bezüglich der Diskus-

sion in nichts nach. Das Podium war durch die Europa-Abgeordneten Ska Keller (Bündnis 90/ Die Grünen), Dr. Dieter-Lebrecht Koch (CDU), Gabriele Zimmer (DIE LINKE), sowie Marion Walsmann, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Thüringen, besetzt. Am 31.3.11 in Frankfurt/Oder bot sich den Bürgern die Möglichkeit mit den Europa-Abgeordneten Dr. Christian Ehler (CDU), Norbert Glante (SPD), Helmut Scholz (Die Linke), Elisabeth Schroedter (Bündnis 90/Die Grünen) und Alexandra Thein (FDP) über die besonderen Probleme der Grenzregion zu diskutieren. Am 09.06.11 in Saarbrücken diskutierten die Europa-Abgeordneten Dr. h.c. Doris Pack (CDU), Jo Leinen (SPD) und Dr. Jorgo Chatzimarkakis (FDP) ein letztes Mal im Rahmen der Bürgerforen „Mitreden über Europa“.

4 Seminare

4.1 Europa-Kommunikation 2.0: Medienseminare für Multiplikatoren

In Kooperation mit dem Online-Nachrichtenportal EurActiv.de veranstaltete die Europa-Union in diesem Jahr zwei Medienseminare für Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft.

Die Seminare sollen ehrenamtlich Engagierten anhand von europäischen Beispielen Grundlagen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermitteln. Die Teilnehmenden erhalten so das nötige Handwerkszeug, um ihre eigenen Veranstaltungen künftig erfolgreicher zu bewerben und eine größere Resonanz in der Presse zu erzielen. Dies soll zum einen durch Experten und zum anderen durch den Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erreicht werden. Dadurch werden Multiplikatoren ausgebildet, die Ihre Erfahrungen und ihre Expertise an Mitstreiter in ihrem Verein oder ihrer Organisation weitergeben.

Das erste Medienseminar fand am 28. und 29.10. in St. Martin statt, das zweite Medienseminar am 18. und 19.11. in Geilenkirchen. Außerdem wurde in Berlin am 5.11. ein eintägiger Workshop veranstaltet.

4.2 LIFE-Akademie

Eine Kooperationsreihe mit der Europa-Union Hamburg.

5 Aktionen

5.1 Europawoche 2011

Der Bundesverband der Europa-Union unterstützte die zahlreichen Aktivitäten der Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände mit der Bereitstellung von Informationsmaterialien und Mustervorlagen für Pressemitteilungen in der Europawoche 2011.

Am 5.5.11 veranstaltete die Europa-Union gemeinsam mit den Landesverbänden Berlin & Brandenburg und der Jungen Europäischen Bewegung Berlin/Brandenburg ein Europafest im Hof der Bundesgeschäftsstelle, an dem mehr als 100 Mitglieder und Gäste teilgenommen haben.

Am 9.5.11 unterstützte der Bundesverband eine Präsentation mit Infostand des Landesverbandes Baden-Württemberg in Strasbourg.

5.2 Zukunft ohne Grenzen



Der Bundesverband unterstützte verschiedene Protestaktionen der Europa-Union und der JEF gegen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der dänisch-deutschen Grenze im Sommer 2011. In Bayern, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und anderen Orten wurden symbolisch Grenzpfähle zersägt, um gegen die Aufweichung des Schengener Abkommens durch die dänische Regierung zu protestieren. Zahlreiche Medien berichteten über die Aktionen.